

Gastbeitrag von Wolfgang Steiger, Generalsekretär des Wirtschaftsrates der CDU e.V.

Eingeständnis des Scheiterns der Ampel in der Haushaltspolitik

Die Haushaltsstreit der Ampelkoalition zeugt von Ratlosigkeit

Kopfschütteln ist noch eine der harmloseren Reaktionen, die der andauernde Haushaltsstreit der Ampelkoalition auslöst. Bestürzt werden allerdings unsere EU- und NATO-Partner reagiert haben, als sie am Wochenende lasen, dass Deutschlands zugesagte Ukraine-Hilfen nicht gedeckt sein könnten. Da wird aus Kopfschütteln schnell Fremdschämen, wenn die eigene Regierung international so wenig verlässlich wirkt, unabhängig davon wie man zu der Unterstützung als solcher steht.

Der jüngste Beschluss der Spitzen der Ampelkoalition erweist sich nicht als echte Einigung, sondern vielmehr als Ausdruck offensichtlicher Ratlosigkeit. Trotz nächtlicher Verhandlungen und stundenlanger Diskussionen hat man sich lediglich auf das geeinigt, was von den ursprünglichen Vorschlägen übriggeblieben ist und nicht von den eigenen Verfassungsexperten zerpfückt wurde: die Erhöhung des Eigenkapitals der Deutschen Bahn, ergänzt durch einige Kreditregelungen. Auf dieses Ergebnis hätten wir nicht zwei Wochen warten müssen.

Trotz des erzielten Kompromisses muss die Bundesregierung auch ein weiteres Scheitern eingestehen: Die sogenannte Minderausgabe liegt derzeit bei zwölf Milliarden Euro – ein Betrag, der erheblich höher ausfällt als ursprünglich geplant. Man hofft, diese Summe im Laufe des Jahres einsparen zu können. Im Klartext bedeutet dies, dass die Koalition darauf spekuliert, dass diese Mittel für Investitionen und Förderprogramme für Kommunen, Unternehmen und Bürger nicht abgerufen werden. Damit agiert sie auch im letzten Jahr ihrer Amtszeit nach dem Prinzip Hoffnung statt nach einem klaren Handlungsplan.

Die Stärkung der Infrastruktur muss ein zentrales Anliegen der Bundesregierung sein. Der Zustand vieler Verkehrswege und öffentlicher Einrichtungen lässt erheblich zu wünschen übrig. Investitionen in moderne Verkehrssysteme sowie in digitale Infrastrukturen sind notwendig, um sowohl die Mobilität der Bürger als auch die Effizienz der Wirtschaft zu gewährleisten.

Insgesamt zeigt sich, dass diese Koalition davor zurückschreckt, konsumtive Ausgaben einzuschränken. Trotz seit Jahren steigender Sozialausgaben aufgrund von beschlossenen Leistungsausweitungen – zuletzt durch die Einführung des Bürgergelds – nehmen SPD und Grüne eher einen erneut verfassungswidrigen Haushalt in Kauf, als doch noch umzusteuern. Die Prioritäten im Bundeshaushalt müssen eine ausgewogene

Balance zwischen wirtschaftlichen Impulsen und sozialer Sicherheit enthalten. Nur so kann das Vertrauen gestärkt und eine positive Entwicklung für zukünftige Generationen gesichert werden. SPD und Grüne rennen lieber weiter gegen die Schuldenbremse an, für deren Abschaffung oder Veränderung keine verfassungsändernde Mehrheit in Sicht ist. Diese ist von entscheidender Bedeutung, um langfristige Stabilität zu gewährleisten.

Zunehmend äußern Vertreter der Koalition offen oder in Berliner Hintergrundgesprächen Zweifel daran, ob diese bis zur Bundestagswahl Bestand haben wird. Für den Grünen-Vorsitzenden Omid Nouripour ist die Ampel nur noch eine „Übergangsregierung“. Eine solche Regierung ist nicht gut für unser Land – und eine solche Regierung haben wir auch nicht verdient.